

Datum: 02.06.2017
Telefon: 0 233-92724
Telefax: 0 233-25911
Herr

@muenchen.de

Sozialreferat
S-Z-B
eingegangen

14. JUNI 2017

Anlage

Stadtkämmerei
Jahreshaushaltswirtschaft
Haushalt
SKA-HAI-12

Mietkosten des Projekts IQE und interkulturelle Öffnung der Einrichtungen der akuten Wohnungslosenhilfe im Rahmen des Projekts IQE

Beschluss des Sozialausschusses vom 20.07.2017
Öffentliche Sitzung

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 08927

An das Sozialreferat S-Z-B (vorab per Mail an s-z-b.soz@muenchen.de)

Die Stadtkämmerei stimmt der o.g. Beschlussvorlage aus folgenden Gründen nicht zu:

Der in der Beschlussvorlage unter Ziffer 3 (Seite 4) angegebene gestiegene Raumbedarf und die damit verbundenen Kosten, sind nicht anhand von Bedarfszahlen begründet.

In der Beschlussvorlage ist richtig dargestellt, dass bisher die Kooperationsvereinbarung mit der Landeshauptstadt München die kostenneutrale Nutzung von Büroräumen der Stadt vorsieht.

In der Beschlussvorlage erfolgt die Aussage, dass dies wegen dem Personalzuwachs im Sozialreferat jetzt nicht mehr möglich sei und eigene Räume für das Projekt gefunden werden mussten.

Die Beschlussvorlage enthält jedoch kein Raumnutzungskonzept, in dem konkret dargelegt wird, in welchem Umfang, für wie viele Veranstaltungen und für wie viele Personen Büroraumflächen benötigt werden und warum dies flächenmäßig im Sozialreferat nicht mehr möglich ist.

Zwar ist die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialreferat gestiegen, gleichzeitig wurden jedoch neue Räume z.B. in der Werinherstraße, in der Marsstraße oder in der Müllerstraße bereitgestellt.

Die Beschlussvorlage geht auf diese neuen, zusätzlichen Räume nicht ein.

Auch werden in der Beschlussvorlage keine Alternativen zur Neuanmietung aufgezeigt.

Da das Projekt IQE, wie jedes andere Projekt, zeitlich befristet ist, sollte vor einer Neuinvestition erst die verstärkte Nutzung der bestehenden Ressourcen geprüft werden.

Die Beschlussvorlage enthält jedoch keine Prüfung von Varianten über eine mögliche flexible Nutzung der bestehenden Räumlichkeiten, in der beispielsweise das Projekt abwechselnd die Räume des Sozialreferates nutzt, wenn diese nicht vom Sozialreferat benötigt werden.

Diese Art des Facilitymanagements sollte bei der Größe und dem Umfang der Räumlichkeiten, über die das Sozialreferat verfügt, möglich sein.

Neben den mangelnden Zahlen in der Beschlussvorlage und fehlenden Aufzeigen von Alternativen, sind die zu erwartenden Personalkosten in der Beschlussvorlage zu hoch angesetzt.

Unter Ziffer 3 Beschlussvorlage (Seiten 5 und 6) sind für das in 2018 angestellte Personal Kostensteigerungen durch Stufenerhöhungen vorgesehen.

Diese Stufensteigerungen in Höhe von 7.000 Euro pro Jahr sind als Zuschuss für die Arbeiterwohlfahrt geplant.

Dabei wird in der Beschlussvorlage nicht differenziert, zwischen der zu finanzierenden Stelle und der Person, die diese Stelle zukünftig innehaben wird.

Entsprechend den stadtweiten Vorgaben zu den Finanzierungsbeschlüssen sind jedoch die aktuellen Jahresmittelbeträge für die Stellen zu berechnen und nicht die voraussichtlichen Stufenerhöhungen oder die Tarifsteigerungen für die mögliche Dienstkraft auf dieser Stelle. Diese zusätzlichen 7.000 Euro sind daher zu streichen.

Auch sind die Zuschüsse an die IG-Initiativ Gruppe für den Mehrbedarf an Fachpersonal in Höhe von jährlichen Kosten von 54.000 Euro aus der Sicht der Stadtkämmerei nicht verständlich. Nach den Jahresmittelbeträgen belaufen sich die jährlichen Kosten nur auf 52.400 Euro.

Das Büro des Oberbürgermeisters, das Büro der 3. Bürgermeisterin, das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen) sowie das Revisionsamt erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.